

Koalition bereitet Arbeitsmarkt-Initiative vor

Die Bonner Koalition bereitet eine Initiative zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vor. Sie soll insbesondere dazu dienen, Langzeitarbeitslosen und Jugendlichen eine Beschäftigung zu vermitteln. Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss soll durch das Angebot bezahlter Praktikantenplätze der Berufseinstieg ermöglicht werden. In einer hochrangigen Arbeitsgruppe unter Leitung von Kanzleramtsminister Bohl (CDU), der Wirtschaftsminister Rexrodt (FDP), Staatssekretär Tegtmeyer aus dem Arbeitsministerium, der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit Jagoda und Koalitionspolitiker angehören, wurde am Mittwoch das Programm beraten.

Grundlage der Beratungen der Koalitionsrunde waren Vorschläge, die ein Arbeitskreis der CDU/CSU-Fraktion unter dem Vorsitz des Sozialpolitikers Fink erarbeitet hat. Fink hält es für möglich, daß kurzfristig jährlich 200 000 zusätzliche Stellen für Empfänger von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe sowie 80 000 Plätze für Schulabgänger bereitgestellt werden können. Im einzelnen wird empfohlen, das vom Bundesarbeitsministerium und vom Land Hamburg entwickelte Programm „Qualifizierung und Arbeit für Schulabgänger“ bundesweit zu verwirklichen. Schulabgänger ohne Ausbildungs- oder Arbeitsplatz sollen wenigstens einen Praktikantenplatz mit einem monatlichen Nettoeinkommen von 500 Mark bekommen, um sie mit den Anforderungen des Berufslebens vertraut zu machen. Die Lohnkosten werden den Betrieben im ersten Jahr erstattet. Nach Abzug der Einsparungen würde dieses Programm jährlich weniger als 200 Millionen Mark kosten, die von Bund, Ländern, Gemeinden und Betrieben gemeinsam aufzubringen seien, heißt es in der Union.

Für Sozialhilfeempfänger soll die Aufnahme einer Beschäftigung attraktiver werden. Deshalb sieht eine von der Bundesregierung beschlossene Verordnung vor, daß ein Sozialhilfeempfänger von jeder hinzuverdienten Mark etwas behalten kann.

Die Verordnung muss noch vom Bundesrat gebilligt werden. Die Kommunen sollen aufgefordert werden, ihre Anstrengungen zur Beschäftigung von Sozialhilfeempfänger zu verstärken. Das Ziel, allen arbeitsfähigen Unterstützungsempfängern von den Kommunen organisierte Stellen anbieten zu können, sei nicht unrealistisch, heißt es in der Union. Die Zahl von 200 000 Sozialhilfeempfängern, die die Gemeinden vor allem für gemeinnützige Arbeiten einsetzen, könne jährlich um 100 000 gesteigert werden.

Die Koalition will die Arbeitsverwaltung dazu anhalten, in der Vermittlung von Erwerbslosen neue Wege zu beschreiten. Die Möglichkeit, Dritte mit der Arbeitsvermittlung zu beauftragen und ihnen dafür eine Vergütung zu zahlen, müsse genutzt werden. Auf mittelfristige Sicht müsse die Beschäftigungsförderung der Arbeitsämter und der Sozialämter miteinander verzahnt werden.

Nach: Frankfurter Allgemeine Nr. 24 vom 29.01.1998

